

# Antisemitische Taten auf Höchststand

Krieg in Nahost hinterlässt Spuren auch in Deutschland / Neue Zahlen zur politisch motivierten Kriminalität

Von Martina Herzog

**BERLIN.** Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober hat es in Deutschland einen massiven Anstieg politisch motivierter Straftaten im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt gegeben. Die Zahl der polizeibekanntem Taten aus diesem Kontext betrug mit 4369 im vergangenen Jahr mehr als das Siebzigfache der 61 Delikte des Vorjahrs, wie aus der am Dienstag in Berlin von Bundesinnenministerium und Bundeskriminalamt (BKA) veröffent-

lichten Statistik zur politischen Kriminalität hervorgeht.

Insgesamt 1927 dieser Taten gelten als antisemitisch, die allermeisten davon wurden ab dem 7. Oktober begangen. Mehr als die Hälfte der knapp 4400 Taten ordnet die Polizei dem Bereich „ausländische Ideologie“ zu. Sie sieht also Anhaltspunkte dafür, dass eine aus dem Ausland stammende nicht religiöse Ideologie entscheidend für die Tat war.

Die Zahl der polizeibekanntem politisch motivierten Straftaten hat mit 60.028 Delikten 2023

den höchsten Stand seit der Einführung der Statistik 2001 erreicht, mit einem leichten Zuwachs von weniger als zwei Prozent im Vergleich zum Vorjahr. In 3561 Fällen handelt es sich um Gewalttaten, knapp zwölf Prozent weniger als 2022.

Es handelt sich bei der Statistik zur politisch motivierten Kriminalität um eine Eingangsstatisitik, das heißt Taten werden dann erfasst, wenn sie der Polizei bekannt werden – es gibt also ein Dunkelfeld. Mehrfachzählungen sind möglich, wenn Delikte in mehr als eine Katego-

rie (Phänomenbereich) fallen. Den Löwenanteil der Straftaten machten mit einem Drittel Propagandadelikte aus, also zum Beispiel das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Das können etwa Abzeichen wie der SS-Totenkopf sein oder Parolen. Auf Platz zwei folgten Sachbeschädigungen (15,50 Prozent), gefolgt von Beleidigungen (13,95 Prozent) und Volksverhetzungen (12,77 Prozent). Danach kommen Nötigungen und Bedrohungen sowie Verstöße gegen das Versammlungsrecht.



**Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) gibt die Fallzahlen für die politisch motivierte Kriminalität bekannt.** Foto: dpa